

EUROPA UND UNSERE VERTEIDIGUNG

Gefährliche Situationen werden zu Katastrophen durch unsere menschliche Neigung zu unrealen Vereinfachungen, Diese alte Erfahrung droht sich auch diesmal zu erweisen. Tatsache ist die Spannung zwischen den beiden Weltmächten USA und UdSSR. Tatsache ist ferner, daß diese Spannung nicht nur sie, sondern jetzt in steigendem Maße auch die europäischen Staaten in ein Wettrennen hineinzwingt, das die schwersten wirtschaftlichen und sozialen Folgen haben muß. Und Tatsache ist endlich, daß die öffentliche Meinung mehr und mehr unter die Suggestion eines unvermeidlichen dritten Weltkrieges gerät, was an sich immer eine steigende Gefahr bedeutet.

Die gefährlichen Vereinfacher machen aus diesen Tatsachen folgendes: Die Menschheit ist aufgespalten zwischen „West“ und „Ost“. Sie hat nur die Wahl zwischen russischem Bolschewismus und „dem amerikanischen Wege“. Notwendig ist also eine eindeutige Parteinahme. Europa, heute schon aufgespalten in den Rußland verfallenen Osten und die noch freien Staaten, muß also unter der Führung und mit Hilfe der USA alle seine Kräfte unter Hintansetzung jedes anderen Gedankens auf den unvermeidlich bevorstehenden dritten Weltkrieg konzentrieren, der über das Schicksal der Menschheit entscheiden wird. So viele Behauptungen, so viele Trugschlüsse.

Fangen wir am Ende an: Ein Krieg zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten, auch wenn er sich zum Weltkrieg ausweiten sollte — was zu befürchten, aber keineswegs gewiß ist —, kann und wird nicht über das Schicksal der Welt entscheiden, sowenig wie die beiden früheren Weltkriege. Sicher wird er Jahre, vielleicht Jahrzehnte währen. Sicher wird er die beiden Hauptgegner zurücklassen, ausgeblutet und ohnmächtig. Sicher wird er über die gesamte übrige Erde namenloses Elend und unvorstellbare Armut bringen. Entscheiden wird er nichts, sowenig wie die beiden vorhergehenden Weltkriege, die „für den Frieden und die Demokratie“ geführt wurden und die Erde friedloser und undemokratischer zurückließen. (Nicht einmal von den vom Faschismus und Nationalsozialismus „befreiten“ Ländern dürfen wir behaupten, sie seien der Demokratie gewonnen). Alle wesentlichen Probleme, die uns schon am Jahrhundertanfang gestellt waren: Völkerfriede, demokratische Selbstverwaltung unter den neuen Bedingungen der Großstaaten und Weltreiche, wirtschaftlicher Umbau, soziale Gerechtigkeit, stehen ungelöst vor uns. Was zu ihrer Lösung geschah, erfolgte nicht durch, sondern trotz der geführten Kriege. Und alle diese Probleme sind ungeheuerlich erschwert, ihre Lösung ist verzögert worden durch die Kriege. Von denen aber ist in Wahrheit zu sagen, daß vielleicht Einzelne und sogar viele tausend Einzelne in ihnen gekämpft haben für Frieden und Demokratie, daß sie aber entstanden sind und geführt wurden als Machtkämpfe, und daß ihr Ergebnis — abgesehen von den materiellen und geistigen Zerstörungen, die sie anrichten — einzig gewesen ist, die Macht der Großreiche zu verlagern. Kein nüchtern denkender Mensch kann von einem nächsten Weltkrieg etwas anderes erwarten. Entweder werden in seinem Verlauf die Völker der beiden Großreiche sich soweit ernüchtern, daß es zu einem Vergleich kommt, oder, wenn der Kampf bis zum bitteren Ende der vollständigen beiderseitigen Ohnmacht durchgeführt wird, werden andere, jetzt erst emporsteigende Mächte in Asien, in Lateinamerika ihr Erbe antreten.

Es ist eine Vereinfachung, die sich mit jedem Tag deutlicher als Illusion erweist, von den einheitlichen Fronten „West“ und „Ost“ oder — im ideologischen Gewand — zwischen Totalitarismus und Freiheit zu reden. Wo steht Indien, wo Südasien überhaupt? Wo Lateinamerika, mit seinem heftigen Ressentiment gegen die USA, mit seinen überraschenden Putschen und Gegenputschen und dem Elend seiner Peones? Glaubt man, daß die islamitischen Dynasten in der Glorie ihrer blitzneuen Unabhängigkeit, daß ihre jammervoll armen und unwissenden Bauern sich für amerikanische Unternehmerfreiheit oder überhaupt für irgendeinen ideologischen oder Machtkonflikt jenseits ihrer Grenzen interessieren? Und wie steht es denn mit den Negern Afrikas und mit Malans rassenfanatischem Regime oder mit Francos offen terroristischem Faschismus? Gar nicht zu reden von den recht oppositionellen Nuancen der englischen und französischen Meinung. Nicht einmal Lake Success weist lediglich diese zwei Fronten auf. Die Stimmhaltungen erweisen es, daß sogar diese künstlich abgeschirmte Welt der Diplomaten weit mannigfaltiger ist. Die einzige geschlossene Front, die ich zu sehen imstande bin, ist die große der Völker, die den Krieg fürchten und gerade aus dieser Kriegsangst so leicht in Panik zu hypnotisieren sind, und die kleine und mächtige, die von dem Krieg einen persönlichen, wirtschaftlichen oder politischen Vorteil erhofft. Aber diese beiden verlaufen quer durch alle Staaten und Völker.

Eine weitere „schreckliche“ Vereinfachung ist die Behauptung, daß es kein Drittes gebe zwischen Sowjetkollektivismus und amerikanischer Freiheit oder — sowjetisch gewandt — zwischen imperialistischer Ausbeutung und Sowjetsozialismus. Nur völlige Unwissenheit oder Böswilligkeit kann eine derartige Behauptung aufstellen. Und es wäre verlorene Zeit, alle die verschiedenen Wege aufzuzählen, auf denen allein die europäischen Völker der besten Lösung zwischen ungeplanter und dadurch notwendig unsozialer Marktwirtschaft und bürokratischer Staatswirtschaft zustreben.

Die Welt ist sehr mannigfaltig und bietet sehr viele Möglichkeiten zwischen den Extremen „West“ und „Ost“. Beschäftigen wir uns also mit uns selber, das heißt mit Europa. Das tut dringend not. Denn wir Europäer sind so unglücklich, mitten zwischen die beiden streitenden Mächte geworfen zu sein und daher in Gefahr zu geraten, Schlachtfeld und zugleich Menschenreservoir zu werden, aus dem ihre Kampftruppen rekrutiert werden. Wenn ein solcher Krieg nicht das Ende der Menschheit bedeutet, so wird er sicher das Ende aller Selbständigkeit, allen Wohlstandes, aller Kultur, vielleicht jeder Lebensmöglichkeit in Europa bringen. Niemand ist so sehr wie wir Europäer daran interessiert, ihn zu vermeiden.

Unterstellen wir, daß die Sowjetmacht Aggressionsabsichten hegt, so wissen wir aus Erfahrung, daß sie sehr gewandt ist, den schwachen Punkt in der gegnerischen Front abzutasten: Griechenland und Korea sind hinreichende Beweise dafür. Europa in seinem jetzigen Zustand und mehr noch wahrscheinlich nach einer atlantischen Aufrüstung muß zur Aggression reizen. Denn eine solche Aufrüstung unter militärischer Oberhoheit der USA wird sicher das schon vorhandene soziale Elend und die daraus sich ergebenden politischen Spannungen aufs gefährlichste steigern. Die Kontingente der einzelnen Staaten werden auch unter einem amerikanischen Oberkommando — gerade unter einem solchen — vor allem ihr eigenes Land verteidigen wollen: die Franzosen am Rhein, die Italiener an den Alpen, die Deutschen an der Elbe und die Engländer am Kanal? Ein Plan, dessen Brüchigkeit sich jetzt schon am latenten und offenen Widerstand der Völker erweist.

Die Gefährdung Europas ist klar. Die Tatsache, daß es zur Zeit nur das Objekt außereuropäischer Machtpolitik ist, springt jedem ins Auge. Einzig Großbritannien kann auf Grund seines über Europa hinausgehenden Commonwealth-Rückhalts noch einen gewissen besänftigenden Einfluß auf die Politik der USA ausüben, wozu Frankreich nicht mehr imstande ist, weit weniger irgendein anderer kontinentaleuropäischer Staat. So werden wir in eine Katastrophe getrieben, in der wir auch im unwahrscheinlich besten Fall nichts zu gewinnen, aber alles zu verlieren haben. Wo liegt die Hilfe? Keinesfalls in einer unmöglichen Neutralität der einzelnen Staaten, wie es die kleinen Staaten Europas Dänemark, Norwegen, Belgien und Holland zu ihrem Unheil im letzten Kriege versuchten. Selbst die glückliche Schweiz würde diesmal aller Wahrscheinlichkeit nach überrollt werden.

Nicht völlig unangreifbar, aber sehr schwer und nur unter höchstem Risiko angreifbar aber wäre ein föderiertes, und zwar sowohl politisch wie militärisch und wirtschaftlich föderiertes Europa. Die drei Forderungen gehören zusammen und sind untrennbar voneinander! Wirtschaftliche Föderation und Planung ist die Voraussetzung dafür, daß der Block des noch nicht unter Sowjethegemonie stehenden Europas wieder langsam gesundet, um aus der Vormundschaft der USA entlassen und zu eigenem Leben befähigt zu werden.

Damit stehen wir vor der Frage einer europäischen Föderation als einer dringenden Gegenwartsaufgabe, einer Aufgabe der unmittelbaren politischen Arbeit. Freilich ist dieses Problem schon sehr viel älter. Geboren wurde es in dem Augenblick, als das mittelalterliche, durch Kirche und Reichsgedanken zusammengehaltene Europa in souveräne Einzelstaaten zerfiel. In der ganz konkreten Gegenwartsform schon zu Beginn dieses Jahrhunderts gedacht, diskutiert und propagiert, wurde es durch internationale Organisationen seit dem Ausgang des zweiten Weltkrieges gefordert und gefördert.

Im September 1946 schlossen sich eine Anzahl von Organisationen in Hertenstein zur Union Europäischer Föderalisten zusammen und einigten sich über ein Programm demokratischer und sozialer Forderungen, in welchem die zu schaffende Föderation als eine offene Gemeinschaft Gleichberechtigter gefordert wurde, dem jeder Staat demokratischer Prägung beitreten könne. Fast gleichzeitig baute Graf Coudenhove-Kalergi erneut die Interparlamentarische Liga auf, welche durch Parlamente und Regierungen ein ähnliches Ziel erreichen wollte. Winston Churchill, der zugleich mit der Hertensteiner Tagung in Zürich seinen großen Appell zum europäischen Zusammenschluß an die Öffentlichkeit richtete, schuf seinerseits von England aus die „Europäische Bewegung“. In ihr gelang es nach den beiden Konferenzen von Brüssel und dem Haag (1948 und 1949) die zahlreichen Europaorganisationen zusammenzufassen. Man ging dann einen Schritt weiter, indem man in den einzelnen Ländern sogenannte Europaräte halboffiziellen Charakters schuf. Endlich wurde im Herbst 1949 durch Beschluß von neunzehn Ländern der Straßburger Europa-Rat mit seinen beiden „Kammern“ gebildet, dem Ministerrat und der Beratenden Versammlung, der seit dem vorigen Sommer auch Deutschland als Mitglied angehört. (Seine Aufnahme in den Ministerrat steht wohl in Kürze zu erwarten.)

Die Verhandlungen des Straßburger Rates haben die Presse hinlänglich beschäftigt. Sie erwiesen, insbesondere bei den recht stürmischen Beratungen der letzten Tagung im November 1950, die vorhandenen Schwierigkeiten, vor allem aber die Unzulänglichkeit der bestehenden Institution.

Die größte Hemmung liegt bei Großbritannien. Nur halb zu Europa gehörig, weit enger dem Commonwealth als einer europäischen Gemeinschaft verbunden, durch lange Jahrhunderte in die Tradition der „splendid isolation.“ eingelebt und heute in einem großen gesellschaftlichen Umbau begriffen, ist dieses Land außerordentlich — und mit Recht — empfindlich gegen außenpolitische Einwirkungen und insbesondere mißtrauisch gegen Kontinentaleuropa mit seinen scharfen Gegensätzen und hochgradigen Spannungen. Die brennendste Frage ist heute, wie läßt sich eine hinreichende Einigung der Kontinentalstaaten erreichen, ohne England abzustoßen. Es dreht sich dabei um die Einschränkung der einzelstaatlichen Souveränität, zu der Großbritannien nicht bereit ist, ohne welche aber eine hinreichende kontinentale Festigung und Sicherung unerreichbar scheint. So muß die Möglichkeit gefunden werden, für Großbritanniens Wünsche eine Sonderlösung zu finden, etwa in der Art, wie die alte Eidgenossenschaft sie in der Institution der „zugewandten“, das heißt in einem loseren Vertragsverhältnis der Föderation verbundenen Orte fand.

Am stärksten an der Vereinigung Europas interessiert sind Frankreich, Italien und vor allem Deutschland, bei denen es sich um ihren Fortbestand, beziehungsweise um ihr Wiedererstehen als autonome (nicht aber souveräne) Staaten handelt. In Deutschland scheint bisher die Aufgeschlossenheit für diese Aufgaben ebenso groß, wie die Unwissenheit über sie allgemein verbreitet ist. Neben der kleinen, nur Parlamentariern zugänglichen Liga Coudenhoves und der Liga für Weltregierung, welche die Europafrage mehr mit der linken Hand behandelt, gibt es noch zwei Organisationen, die recht bekannte Europa-Union, eine Sektion der Union Europäischer Föderalisten, die ihren Sitz in Frankfurt hat und die verschiedensten Richtungen — nicht immer ohne Schwierigkeiten — vereinigt, und die erst kürzlich auch nach Deutschland verpflanzte „Sozialistische Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa“. Beider Aufgabe wird es in diesem Jahre sein, die Kenntnis der Probleme und der lebenswichtigen Aufgaben, vor denen wir stehen, vor allem ihre unmittelbare Bedeutung für das Existenzproblem der Friedenssicherung ohne Gewalt, in die weitesten Kreise zu tragen und mitzuhelfen bei der Verwirklichung durch die Parlamente, die Regierungen und vor allem durch den organisierten Willen der europäischen Völker.

In memoriam

„Was den ungewöhnlichen Menschen im guten Sinne macht, das ist die intensive Kraft, mit der von ihm das Menschliche zum Ausdruck gebracht wird ...“

Kierkegaard.